

Die allgemeine Lage des Landes

(Rede von Bundesrat Calonder am Schweiz. freisinnig-demokr. Parteitag in Bern.)

IV.

Bisher habe ich nur von großen Schwierigkeiten der Landesversorgung an sich gesprochen. Eng damit verbunden ist die allgemeine enorme

Teuerung.

unter der weite Kreise unseres Volkes schwer zu leiden haben. Bund und Kantone mußten besondere Fürsorgemaßnahmen treffen, um die soziale Not nach Möglichkeit zu lindern. Ich erwähne nur die Beiträge an die Verbilligung der Milch und die Abgabe von Milch, Brot, Reis usw. an Bedürftige zu billigen Preisen. Es handelt sich dabei um gewaltige Ausgaben des Bundes. Wenn die Teuerung weiter zunimmt und die soziale Not wächst, werden Bund und Kantone weitere Opfer bringen müssen.

Durch die zunehmende Teuerung sind insbesondere die Gehälter und Löhne der vielen Tausende von Beamten, Angestellten und Arbeiter des Bundes unzulänglich geworden. Daher die außerordentlichen Zulagen in den letzten Jahren. In dem Voranschlag für 1917 wurden im ganzen 14 Millionen Franken für die Beamten und Angestellten des Bundes und 18 Millionen für die Beamten und Angestellten der Bundesbahnen eingesetzt. Für das Jahr 1918 werden die Teuerungszulagen im ganzen noch etwas erhöht werden müssen.

So nimmt die finanzielle Belastung des Bundes, ganz abgesehen von den gewaltigen Mobilisationskosten, die bis zum Ende des Krieges die Milliarde übersteigen werden, beständig zu. Unsere Staatsrechnungen der letzten Jahre weisen große Defizite auf. Das mutmaßliche Defizit beträgt 46 Millionen, für 1918 60 Millionen. Unsere Finanzlage ist also ernst genug. Doch: *plais d'argent n'est pas mortelle*. Bei aller Sorge um unsere Finanzen und um unsern Kredit, darf die führende und ausgleichende wirtschaftliche und soziale Tätigkeit des Bundes nicht beschränkt werden. Jede kleinliche

Verhältnissen bitter rächen. Um so mehr aber liegt die Notwendigkeit vor, neue Finanzquellen für den Bund zu eröffnen.

Das Programm des Bundesrates für die Finanzreform ist Ihnen bekannt. Es ist auf dem Wege der etappenweisen Verwirklichung. Das Stempelsteuergesetz wird zweifelsohne in Kraft treten und kürzlich hat der Bundesrat beschloffen, der Bundesversammlung eine ganz namhafte und ergiebige Erhöhung der Posttagen zu beantragen. Auf andere wichtige Fragen der Finanzreform kann ich hier nicht eingehen.

Nur das Eine sei auch heute betont: ohne die sukzessive Erschließung neuer genügender Finanzquellen wäre der Bund nach dem Kriege zur Einstellung oder wesentlichen Einschränkung seiner bisherigen Tätigkeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gezwungen und damit zur Ohnmacht gegenüber den wichtigsten neuen Aufgaben verurteilt.

Ueberblicken wir die gesamte, durch die Kriegslage geschaffene Lage, so müssen wir feststellen, daß eine Anzahl neuer und sehr schwieriger Fragen gegenwärtig und in nächster Zukunft der Lösung harren. Und die wirtschaftliche Krisis hört mit dem Ende des Krieges nicht auf. Die Uebergangsperiode nach dem Kriege wird neue schwierige Aufgaben aller Art bringen, deren Lösung wahrscheinlich von grundlegendender Bedeutung sein dürfte für die spätere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Mit dem umfassenden Studium dieser Probleme muß aber schon jetzt begonnen werden. Sodann möchte ich mit Nachdruck darauf hinweisen, daß wir die Pflicht haben, nach dem Kriege, sobald es unsere Finanzlage gestattet, unsere sozialen Reformen in weitherziger Weise auszubauen: Alters- und Invalidenversicherung usw. Das nationale Pflichtbewußtsein und das soziale Pflichtbewußtsein sind in unserer Demokratie unlöslich miteinander verbunden. So lastet eine wahrhaft erdrückende Summe von Arbeit und von Verantwortlichkeiten nicht nur auf den Behörden des Bundes und der Kantone, sondern auf dem ganzen Volk.

Wird die Schweiz alle diese Schwierigkeiten politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur überwinden und durch die große Krisis hindurch sich als freier, lebensfähiger Staat behaupten können? Werden die Schweizer stark genug sein, lang dauernder Not und Drangsal zu widerstehen? Es ist im letzten Grunde eine große moralische Frage. Wir werden die außerordentliche Probe nur dann bestehen können, wenn unser ganzes Volk und vor allem die führenden wohlhabenden Kreise, vom Willen durchdrungen ist, alle Opfer zu bringen, die nötig sind, um das Leben des Staates aufrecht zu erhalten und um das Los der wirtschaftlich Schwachen erträglich zu machen. Das Wort Vaterlandsliebe muß zur schöpferischen Tat werden, die alle guten Kräfte des Volkes auslöst und zur höchsten Spannung bringt. Nur der Glaube und die bedingungslose Hingabe an die Ideale unserer im Dien-

ste der Menschheit stehenden Demokratie können uns befähigen, die Aufgaben dieser schicksalsschweren Zeit zu erfüllen und alle kommenden Entbehrungen zu tragen. Das herrliche Wort: „Wir sind ein einzig Volk von Brüdern“ muß uns zum Erlebnis werden.

Leider hat unser Volk bisher noch immer den furchtbaren Ernst der Zeit nicht erfasst. Allzu sehr steht es noch immer unter dem zersetzenden Einfluß des Egoismus, der Genußsucht, der kleinlichen Rechthaberei und aller schädlichen Einwirkungen einer materialistischen Auffassung. Wir würden in dieser Krise zugrunde gehen, wenn wir nicht Kraft, Halt und Richtung in den hohen geistigen Werten, die außerhalb und über den materiellen Lebensgütern stehen, zu finden vermöchten. Wirke darum ein jeder an dieser nationalen Erneuerung, indem er bei sich selbst beginnt.

Der Bundesrat und die andern Behörden können in großen nationalen Fragen nur dann mit durchschlagendem Erfolg wirken, wenn sie sich getragen wissen von der unerschütterlichen Ueberzeugung des Volkes. Eine solche nationale Einigkeit ist aber nur möglich auf Grund wahrhaftiger Offenheit und unbedingten gegenseitigen Vertrauens, zwischen den Parteien, zwischen der deutschen und romanischen Schweiz und zwischen Bund und Kantonen. Mißtrauen ist ein Gift das die edelsten Gefühle verdirbt. Vertrauen weckt Vertrauen, gegenseitiges Verständnis und Wohlwollen. Wo gegenseitiges Wohlwollen und Verständnis zwischen den Eidgenossen herrscht, da finden sie sich ohne Mühe in der gleichen Liebe und Treue zum Vaterland, trotz der Verschiedenheit der Sprache, der Konfession und der Parteien. Wir können daher nichts sehnlicher wünschen, als daß der gute Geist des Vertrauens in der eidgenössischen Familie walte und sie vor Zersplitterung und Uneinigkeit schütze.

Stehen wir fest und treu zusammen, so werden wir uns der schädlichen und zersetzenden ausländischen Einflüsse

erwehren können, die durch tausend Kanäle in das Leben unseres Volkes einströmen. Wir werden dann auch imstande sein, die weitbewegenden Fragen, welche leider in unserer Presse und im täglichen Gespräche so oft durch ausländische Brillen betrachtet werden, vom eidgenössischen Standpunkt aus ins Auge zu fassen und zu beurteilen. Nur zu oft werden immer noch ausländische Interessen kritiklos mit unseren eigenen Interessen identifiziert.

Einig und geschlossen müssen wir auch sein, um all dem fremden Gesindel entgegenzutreten, welches das schweizerische Asyl- und Gastrecht mißbraucht, um Wucher, Spionage und antimilitaristische Propaganda zu treiben, und das auch sonst in mannigfacher Art und Weise die moralischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes schädigt. Nachdem gewisse Herren Refraktäre und Deserteure des Auslandes sogar in öffentlicher Versammlung ihre unverschämte Gesinnung zum Ausdruck gebracht haben, ist es endlich an der Zeit, der allzugroßen schweizerischen Gutmütigkeit ein Ende zu machen. Unsere edle Tradition, den politischen Flüchtlingen eine sichere Zuflucht zu gewähren, wollen wir ungeschmälert aufrecht erhalten. Und nach wie vor soll unser Asylrecht weitherzig geübt werden. Auch Refraktäre und Deserteure haben wir bisher immer als politisch Verfolgte behandelt, obwohl diese Praxis für uns und namentlich in der gegenwärtigen Zeit mit Opfern und Unannehmlichkeiten verbunden ist und obwohl manch einer dieser Flüchtlinge keine besonderen Sympathien verdient. Dieses unser Entgegenkommen ist aber an diejenigen Bedingungen und Einschränkungen geknüpft, die unser nationales Interesse und unsere nationale Ehre gebietet. Wir werden auch unter dem Deckmantel des politischen Asyls keine gemeinen Verbrecher bei uns dulden. Alle Flüchtlinge, und überhaupt alle Fremden, die sich unanständig aufführen, die sich unsern Gesetzen und den Anordnungen unserer Behörden nicht fügen, sollen unser Land verlassen. Von dieser Auffassung geleitet, hat der Bundesrat neue, scharfe Vorschriften über die Fremdenpolizei im allgemeinen und insbesondere in bezug auf Refraktäre und Deserteure erlassen.

Wir wollen Ordnung haben im Schweizerhaus. Alle diejenigen Ausländer aber die sich anständig benehmen, sollen nach wie vor das Gastrecht der Schweiz genießen. Wir teilen unser langes Brot mit ihnen. Dabei geben wir der Hoffnung und der Erwartung Ausdruck, daß auch unsere Schweizer in fremden Ländern mit dem gleichen Wohlwollen behandelt werden möchten.

Die nationale Einigkeit und das volle gegenseitige Vertrauen zwischen allen unsern Landesteilen ist auch die notwendige Voraussetzung für die richtige Erfüllung unserer internationalen Mission. Ist es nicht anmaßend von einer hohen internationalen Mission der kleinen Schweiz zu sprechen? Nie waren wir uns der Kleinheit unseres Gebietes und unserer Bevölkerung, unserer ökonomischen und militärischen Kräfte so sehr bewußt, wie angesichts dieser ungeheuren Weltkatastrophe. Wir müß-

ten im Gefühl unserer Schwachheit und Ohnmacht vergehen, wenn es rein nur auf die materielle Macht ankäme. Wir vertrauen aber vor allem auf

die Macht der Ideen.

Die Vorsehung hat uns die besondere internationale Aufgabe zugewiesen, Frieden und Freundschaft unter den Völkern zu fördern und der Menschheit zu beweisen, daß verschiedene Sprachstämme und Rassen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu einer glücklichen Nation verbunden werden können. Frieden und Freundschaft nach innen und nach außen auf Grund der Freiheit und der Gleichberechtigung, das ist unsere Devise. Diese Ideen müssen aus sich selbst wirken, mit der ihnen innewohnenden unüberwindlichen, aber langsam vordringenden Kraft. Wir können diese Wirkung nur durch das eigene Beispiel erhöhen, dadurch, daß wir diesen Grundsätzen in allen unseren Handlungen, in unserer auswärtigen und in unserer innern Politik treu bleiben.

Die Größe der Ideen, in deren Dienst wir uns betrachten, darf uns nicht verführen, unsere bescheidene und delikate nationale Stellung zu verkennen, die uns insbesondere während dieses Weltkrieges zukommt. Wir wollen und können uns niemand als Friedensvermittler aufdrängen, aber vor aller Welt wollen wir aussprechen, daß das Schweizervolk aus eigener großer Not und aus tiefer Liebe zur Menschheit sich von ganzer Seele nach dem Frieden sehnt, nach einem aufrichtigen und dauernden, auf Freiheit und Gerechtigkeit beruhenden Frieden. Was wir in der Richtung dieses heißen Friedenswunsches der Schweiz auch unternehmen mögen, immer werden unsere Worte und unsere Handlungen offen und aufrichtig sein und keinen Zoll breit von der geraden Richtlinie unserer Neutralität abweichen.

Der Idee einer neuen internationalen Rechtsordnung, durch welche die Beziehungen zwischen den Völkern der Gewalt der Waffen entzogen und der Herrschaft des Rechtes unterstellt werden sollen, bringen wir als friedliebender Staat selbstverständlich die warmste Sympathie entgegen. Alle Bestrebungen für den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte und für eine allgemeine weitgehende militärische Abrüstung, werden wir nach besten Kräften unterstützen. Die Abrüstungsfrage ist internationaler Natur und kann nur auf internationaler Grundlage gelöst werden.

Was die kleine Schweiz dazu beitragen kann, den Aufstieg der Menschheit zu glücklicheren, auf internationaler Freundschaft und Gerechtigkeit beruhenden Lebensverhältnissen zu fördern, das betrachtet sie als ihre heilige Pflicht, als ihre höchste Genugtuung. Möge bald der Zeitpunkt kommen, wo die entzweiten Völker zu solchen Werken menschlicher Solidarität sich endlich die Hand reichen.

Vorläufig wütet die Kriegesurie weiter, weiter fließen Ströme von Blut und Tränen. Angesichts dieses fortgesetzten ungeheuren Elends, kann die Schweiz nichts Besseres und nichts Würdigeres tun, um ihre internationale Solidarität zu bekunden, als ihren Samariterdienst und ihre gesamte Tätigkeit zugunsten der vom Krieg so schrecklich heimgesuchten Völker fortzusetzen.